

Wahlprüfsteine OB-Wahl 2025 für die Kommunalwahl am 14.09.2025/Seniorenrat

1. Welche Maßnahmen unternehmen Sie, um ältere Menschen umfassend über die Rechtsansprüche aus § 71 SGB XII (Altenhilfe) zu informieren und gesetzgeberisch aus der „Soll“-Vorschrift eine „Muss“-Formulierung zu erreichen?

Ob es nötig ist, aus der Soll- eine Mussregelung zu machen, bezweifeln wir. Soll bedeutet, dass nur in atypischen Fällen eine Hilfestellung nur in begründeten Ausnahmefällen abgelehnt, versagt oder eingestellt werden darf. Auch die Rechtsprechung geht davon aus, dass die Vorschrift nicht nur eine Ermächtigung der Sozialhilfeträger zu einer *institutionellen Förderung* darstellt, sondern damit auch ein *individueller Leistungsanspruch* des alten Menschen begründet wird. Wir als LfK verstehen die Altenhilfe daher als umfassenden Anspruch jedes einzelnen alten Menschen und als Planungsauftrag für die Stadt Bielefeld, die als kreisfreie Stadt Sozialhilfeträger ist.

Besonders wichtig ist für uns, dass die Norm in den letzten Jahren angepasst wurde und dabei die Aspekte des Selbstbestimmungsrechts und der Fähigkeit zur Selbsthilfe gestärkt wurde und der ältere Mensch nicht sogleich als Pflegefall eingestuft wird. Zugleich wurde die Ausweitung der Beratung und Unterstützung im Zusammenhang mit Fragen der Pflege und des Angebots von Wohnformen sowie eine bessere Verzahnung mit anderen Leistungen eingefügt.

Den Beratungsanspruch sehen wir als zentrales Element an. Hierbei greifen wir die Forderungen des Deutschen Vereins für private und öffentliche Fürsorge auf, der neben der Beratung im Vor- und Umfeld von Pflege folgende Themen umfasst:

- Fragen im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und politischer Mitwirkung,
- Fragen nach geeignetem Wohnraum, alternativen Wohnformen, Wohnraumanpassung und Erhaltung der Wohnung,
- zu Angeboten der Prävention, Gesundheitsförderung und Rehabilitation
- zu Angeboten der Alltagsunterstützung,
- zu Angeboten für Seniorinnen und Senioren zur Bildung und Freizeitgestaltung,
- zu inklusiven und diversitätsorientierten Angeboten.

Diese Beratung ist nicht nur das Bereitstellen der Informationen, sondern die fachlich fundierte Beratung ganz allgemein bis hin zum Einzelfall. Die Beratung muss aus unserer Sicht wohnortnah, niederschwellig und gebündelt angeboten werden. Wichtig ist dabei auch, dass ältere Menschen (ab spätestens 60 Jahren) umfassend über dieses Beratungsangebot aufgeklärt werden, sodass es in Anspruch genommen werden kann. Die Bekanntgabe könnte neben den üblichen öffentlichen Kanälen auch über Arbeitgeber erfolgen, die ihre Mitarbeiter jährlich über die Möglichkeiten informieren. Man könnte aber auch an eine jährlich stattfindende Seniorenmesse oder einen Seniorentag nachdenken.

2. Wie gewährleisten Sie ausreichenden altersgerechten, bezahlbaren und barrierearmen Wohnraum für ältere Menschen unter Berücksichtigung einer verlässlichen Verkehrsanbindung durch den ÖPNV?

Wir stehen für eine generationsgerechte Wohnraumverteilung, d. h. für einen Ansatz zur Gestaltung von Wohnraum, der darauf abzielt, die Bedürfnisse und Anforderungen verschiedener Altersgruppen in einer Gemeinschaft oder einem Wohngebiet zu berücksichtigen und zu erfüllen. Dieser Ansatz fördert die soziale Integration und das Wohlbefinden von Menschen jeden Alters. Hier sind einige Aspekte und Prinzipien, die zur generationsgerechten Wohnraumverteilung gehören:

- **Vielfalt der Wohnformen:** Generationsgerechte Wohnraumverteilung berücksichtigt eine Vielzahl von Wohnformen, von Einzelwohnungen über Wohngemeinschaften oder Wohngruppen für junge oder alten Menschen und familienfreundliche Wohnungen bis hin zu Senioren- und Pflegeheimen. Dies ermöglicht es Menschen, in Wohnungen zu leben, die ihren individuellen Bedürfnissen und Lebensstilen entsprechen.
- **Barrierefreiheit:** Eine wichtige Komponente der generationsgerechten Wohnraumverteilung ist die Schaffung von barrierefreien Wohnungen und Gemeinschaftsräumen. Dies erleichtert älteren Menschen oder Menschen mit Mobilitätseinschränkungen den Zugang zu ihren Wohnungen und zur öffentlichen Infrastruktur.
- **Soziale Integration:** Wohngebiete sollten so gestaltet sein, dass sie die soziale Interaktion zwischen den Generationen fördern. Dies kann durch die Schaffung von Gemeinschaftsräumen, Grünflächen, Spielplätzen und Treffpunkten erreicht werden, die Menschen jeden Alters ansprechen.
- **Intergenerationelle Programme:** Die Einrichtung von Programmen und Aktivitäten, die Menschen unterschiedlichen Alters zusammenbringen, kann dazu beitragen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Beispiele hierfür sind gemeinsame Freizeitaktivitäten, Nachbarschaftstreffen und Bildungsangebote.
- **Flexibilität und Anpassungsfähigkeit:** Generationsgerechter Wohnraum sollte so gestaltet sein, dass er sich den sich ändernden Bedürfnissen der Bewohner anpassen kann. Dies kann durch flexible Grundrisse, die Möglichkeit zur Umgestaltung von Räumen und andere anpassungsfähige Designelemente erreicht werden.
- **Unterstützungs- und Pflegeangebote:** In Wohngebieten, die generationsgerechte Wohnraumverteilung praktizieren, können Dienstleistungen und Angebote zur Unterstützung im Alltag, zur Gesundheitsversorgung und zur Pflege integriert werden. Dies ermöglicht es älteren Menschen, länger selbstständig zu leben. Aber vor allem Familien können hier durch Unterstützungsangebote, wie Kinderbetreuung oder auch Nachhilfe (etc.), profitieren.
- **Bürgerbeteiligung:** Die Einbeziehung der Bewohner in die Gestaltung und Entwicklung ihres Wohngebiets ist entscheidend. Bürgerbeteiligung ermöglicht den Menschen, ihre Bedürfnisse und Wünsche zu äußern und aktiv an der Planung und Umsetzung von generationsgerechten Wohnkonzepten teilzunehmen.
- **Bezahlbarkeit:** Generationsgerechter Wohnraum sollte für Menschen verschiedener Einkommensgruppen erschwinglich sein, um eine soziale Vielfalt zu fördern und Gentrifizierungstendenzen entgegenzuwirken.

Die Umsetzung der generationsgerechten Wohnraumverteilung erfordert eine sorgfältige Planung und Zusammenarbeit zwischen Stadtplanern, Architekten, Sozialarbeitern, Politikern und der Gemeinschaft. Ziel ist es, Wohnraum zu schaffen, der Menschen jeden Alters ein sicheres, komfortables und

sozial integriertes Umfeld bietet. Dabei darf keine Zuweisung erfolgen, denn jeder Mensch muss selbstständig und frei entscheiden dürfen, welche Wohnungsgröße er bewohnt. Denkbare Player sind hier – wie bereits in der Vergangenheit – die Bielefelder Baugenossenschaften, die günstigeren Wohnraum schaffen können, und Akteure der Alten- und Sozialpflege. Die Stadt muss über ihr gemeindliches Vorkaufsrecht zentrale Grundstücksflächen erwerben und diese für derartige Konzepte zur Verfügung stellen und durch städteplanerische bzw. bauplanerische Vorgaben darauf hinwirken, dass bei größeren Neubauprojekten dieser Ansatz berücksichtigt wird. Ältere Menschen dürfen nicht gegen ihren Wunsch in die Außenbezirke gedrängt werden.

Wichtig ist uns bei diesem Konzept der generationenübergreifende Aspekt, der sowohl Familien als auch Senioren hilft. Denn während ältere Menschen bei der Betreuung von Kindern und bei Hausaufgaben unterstützen können, können Jugendliche bei Einkäufen und Gartenarbeit oder bei digitalen Fragen helfen. Hierdurch wird das Engagement aller gefördert, der Vereinsamung älterer Menschen vorgebeugt, und jungen Menschen werden soziale Erfahrungen ermöglicht.

Der bestehende ÖPNV muss durch spezielle Angebote wie Mitfahrerportale und Mitfahrerbänke, Rufbus- oder -taxi-Angebote auf eine breitere Basis gestellt werden. Wichtig ist uns zudem die analoge Bezahlungsmöglichkeit in Bussen und Bahnen und der Erhalt des 4er-Tickets für Gelegenheitsfahrer.

3. Wie wollen Sie die Informationslage zum Recht auf Grundsicherung bei Altersarmut verbessern und welche Schritte unternehmen Sie, um der zunehmenden Vereinsamung in der Gesellschaft zu begegnen?

Hier möchte ich im Wesentlichen auf die Antworten zu 1 und 2 verweisen. Altenhilfe ist mit den übrigen Sozialleistungen zu verzahnen, sodass im Rahmen der vielfältigen Beratungsangebote auch über die Grundsicherung im Alter informiert und beraten werden muss.

Vereinsamung ist ein großes Thema, insbesondere nachdem die Coronamaßnahmen dieses Problem massiv verschärft und angeschoben haben. Alte Menschen wurden isoliert, der Kontakt zu Familie und Freunden wurde unterbunden. Derartige menschenunwürdige Maßnahmen darf es nie wieder geben. Ganz im Gegenteil, wir müssen als Menschen den analogen Raum und Begegnungen wieder mehr ermöglichen. Dies kann über die unter 2. genannten generationenübergreifenden Wohnkonzepte erfolgen. Wir sollten aber auch darüber nachdenken, Patenschaften zwischen älteren Menschen und KJ zu initiieren und Schulprojekte zu fördern, die ein Miteinander stärken. Eine weitere Idee ist die Etablierung eines Seniorentages, an dem Mitarbeiter in Unternehmen, Schüler und Studenten sich um Senioren kümmern.

4. Wie wollen Sie die sozialraumorientierte Quartiersarbeit und die Struktur der sorgenden Gemeinschaft ausbauen und sich insbesondere für die z.Zt. schwer bis gar nicht erreichbaren Gruppen (Personen mit Migrationshintergrund, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und in prekären Lebenslagen) engagieren?

Zunächst möchten wir klarstellen, dass wir die sozialraumbezogene Quartiersarbeit ausbauen wollen. Neben den bereits o.g. Konzepten des generationsübergreifenden Wohnens und der verstärkten Implementierung der Nachbarschaftshilfe und gemeinsamer Begegnungsorte braucht ein Ausbau Geld, das die Kommunen nicht haben. Wir müssen also die Einnahmeseite verbessern und zugleich das ehrenamtliche Engagement fördern sowie die Vorteile für alle Bevölkerungsteile sichtbarer machen.

Menschen mit Migrationshintergrund erreichen wir am besten, wenn wir im jeweiligen Quartier migrantische Ansprechpartner haben, die als Anlaufstelle erste Informationen bereitstellen und beraten und quasi als Lotsen fungieren. Ähnlich kann man auch bei Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau vorgehen. Auch hier braucht es Lotsen, bestenfalls geschulte Sozialarbeiter, die im Quartier allgemeine Informationen geben und Bedarfe identifizieren.

5. Welche Maßnahmen leiten Sie ein, um der drohenden Unterversorgung mit Haus- und Kinderärzten nachhaltig zu begegnen.

Dies ist uns ein besonders wichtiges Anliegen. Weder Familien noch Senioren kann es zugemutet werden, 50 km weite Fahrten zu einem Arzt in Kauf zu nehmen.

Wir wollen den Druck auf die kassenärztliche Vereinigung vergrößern, die zumindest im Hinblick auf Kinderärzte seit Jahren in Verkennung der Realität meldet, Bielefeld sei überversorgt, sodass die Zulassungen erhöht werden. Auch der Druck auf das Land muss erhöht werden, denn Kinderärzte werden – mangels Bedarf – nicht über das Landarztprogramm gefördert.

Sodann müssen wir interessierten Ärzten gute Gründungsperspektiven verschaffen, sie bei der Praxisübernahme oder der Praxissuche mit „Know-how“ und auch finanziell unterstützen sowie ihnen, wenn nötig, Betreuung für ihre Kinder garantieren. Ein gutes Mittel ist sicher das Landarztmodell, wobei auch hier die Kassenärztliche Vereinigung für Bielefeld einen guten Versorgungsgrad annimmt und zwar auch zukünftig. Durch die medizinische Fakultät und die vielen medizinischen Einrichtungen steigen allerdings insgesamt die Chancen, dass mehr Ärzte in unserer Stadt bleiben wollen, sodass wir die medizinische Fakultät ausdrücklich unterstützen.

In Deutschland gibt es Planungen, mehr Aufgaben der medizinischen Versorgung auf unterstützendes medizinisches Personal zu verlagern. Dies unterstützen wir und verweisen auf Schweden, wo dies schon lange Praxis ist. Dort werden spezialisierte Schwestern und Pfleger im örtlichen Gesundheitszentrum, aber auch in der Notfallversorgung eingesetzt, die neben den Ärzten eigenständig Patienten beraten und behandeln, insbesondere bei leichten Erkrankungen und bestimmte Aufgaben, wie z.B. Blutentnahmen oder Verbandswechsel selbstständig übernehmen. Sie filtern den Patientenstrom und entlasten damit die Ärzte. Ein derartiges Konzept unterstützen wir und sehen es als einen wichtigen Baustein für eine zukunftsfähige medizinische Versorgung an.

6. Nennen Sie mindestens 3 Kernelemente für eine seniorenfreundliche Stadt Bielefeld!

Eine Versorgung mit altersgerechtem Wohnraum nach den Bedürfnissen der älteren Menschen. Ein bewegungsförderndes Umfeld, welches älteren Menschen die Möglichkeit bietet, aktiv und gesund zu bleiben. Stärkung eines selbstbestimmten Lebens.

Dr. Nicole Reese